

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3016
Mobil: 0170 / 324 8445
Fax: 06131 / 208 4022
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag.rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-rlp.de
www.facebook.com/FDP.Fraktion.RLP
www.twitter.com/FDPFraktionRLP

Pressemitteilung

Nr. 06/2017 - Mainz, den 19.01.2017

FDP-Fraktion unterstützt Aktionsbündnis gegen ENF-Kongress Thomas Roth: AfD befindet sich auch in Rheinland-Pfalz am rechten Rand

Mainz. Die FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz unterstützt das Aktionsbündnis gegen den Kongress der ENF am kommenden Samstag in Koblenz. Der Fraktionsvorsitzende, Thomas Roth, hat seine Teilnahme an der Gegendemonstration angekündigt. Dazu Roth:

„Am kommenden Samstag versammelt sich in Koblenz die vermeintliche Elite des europäischen Rechtsextremismus zu einem Kongress.

Der Ausschluss vieler Journalistinnen und Journalisten von dem Kongress ist Beleg dafür, dass das hohe Gut der Presse- und Meinungsfreiheit für die AfD und ihre europäischen Partner nichts wert ist.

Die Aussagen des führenden AfD-Politikers Björn Höcke in Bezug auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin und seine verirrten Aussagen über die deutsche Geschichte sind an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten. Gleichzeitig offenbaren sich mit Höckes Aussagen die Gedankenwelten, die in der AfD verbreitet und salonfähig sind.

Statt sich offen und klar von Herrn Höcke zu distanzieren, bekundet der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD in Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, Sympathien für seinen thüringischen Parteifreund. So zeigt es sich erneut, dass sich die AfD auch bei uns im Land am rechtsextremen Rand befindet.

Die Unterstützung des breiten Bündnisses ‚Koblenz bleibt bunt‘ gegen den ENF-Kongress ist uns Freien Demokraten ein wichtiges Anliegen. Statt Abschottung, Nationalismus und Zukunftsängsten, werben wir für ein freies, offenes und tolerantes Deutschland und Europa. Daher werde ich am kommenden Samstag in Koblenz an der Gegendemonstration teilnehmen.

Während die extreme politische Rechte in unserem Land sich eine gesellschaftliche Rückentwicklung in die 50er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts wünscht, wollen wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern ein mutiges und optimistisches Deutschland der Zukunft gestalten.“